

# grüne welle

das magazin für grüne politik in schleswig-holstein



**18 Stunden Widerstand bei  
Schienenkilometer 188**

*landesverband | Seite 2*

**Diskussion über Versammlungsfreiheit eröffnet**

*landtag | Seite 10*

**Gesellschaft gemeinsam digital gestalten**

*bundestag | Seite 13*



Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

was ist das für ein heißer Atom-Herbst! Nach einer überwältigenden Demonstration in Berlin am 18. September haben auch Anfang November noch mal viele tausend Menschen den Weg ins Wendland gefunden, um gegen die Laufzeitverlängerung durch die Bundesregierung zu protestieren. Zur Demo sind rund 20 grüne Busse aus Schleswig-Holstein gefahren, die Menschen haben uns an den Tagen zuvor die Geschäftsstellen eingerannt. Ich habe auch an den anschließenden Blockadeaktionen nach der Demo teilgenommen und berichte darüber in diesem Heft.

Ein Jahr Schwarz-Gelb haben wir nun ertragen müssen. Und in nur einem Jahr haben CDU und FDP es geschafft, für haufenweise Chaos und Unruhe in diesem Land zu sorgen. Die Bildungspolitik ist ein einziges Desaster, die Sparbeschlüsse der Landesregierung hätten unsozialer und schädlicher kaum ausfallen können. Und auch bei der Diskussion um ein neues Wahlgesetz scheinen CDU und FDP nicht klientelfrei denken zu können.

Für uns könnten die Zeiten unterdessen besser nicht sein. Wir haben Ideen und Konzepte in der Tasche, um das Land voran zu bringen und gewinnen durch unseren ehrlichen Dialog mit den Schleswig-HolsteinerInnen zunehmend an Zuspruch und Mitgliedern. Es ist schön, den Lohn für eine ehrliche Politik zu sehen. Das ist unser aller Verdienst! Aber wir bleiben auf dem Boden, denn Umfragen sind noch keine Wahlergebnisse.

Um für die anstehende Neuwahl des Landtages gut gerüstet zu sein, haben wir bereits im November die Weichen gestellt für den Programmstellungsprozess. Nach einer Vorbereitungszeit der über den Parteirat koordinierten Programmgruppen wollen wir ab Januar 2011 mit euch in den Landesarbeitsgemeinschaften und auf mehreren Programmkonferenzen über den künftigen Kurs unserer Partei diskutieren. Wir freuen uns auf eure kreativen Ideen und Anregungen!

Für die Weihnachtszeit und den Jahreswechsel wünsche ich euch ein paar geruhige Tage im Kreise von Familie und FreundInnen. Tankt viel Energie, auch für ein kraftvolles Grünes nächstes Jahr!

*Eure Marlene*



## 18 Stunden Widerstand bei Schienenkilometer 188

50.000 Aktive setzen sich in Gorleben gegen die Castortransporte zur Wehr – ich war eine von Ihnen

*Von Marlene Löhr*

Dieser Anti-Atomherbst hat alle Rekorde gebrochen – so viele Menschen wie noch nie zuvor haben den Weg nach Berlin und ins Wendland gefunden. Der Castor war 92



50.000 Aktive gingen in Gorleben auf die Straße

Stunden unterwegs, bis er im Zwischenlager in Gorleben ankam.

Wie viele andere habe ich mich an der Schienenblockade in Harlingen beteiligt und 18 Stunden Kälte und Müdigkeit getrotzt, um dem Castor ein Durchkommen schwierig zu machen.

Bereits am Abend des ersten Blockadetages hatten wir damit gerechnet, jederzeit geräumt zu werden. Der Castor war um 17 Uhr in Lüneburg losgefahren und somit nur noch wenige Kilometer von der Gleisblockade in Harlingen

entfernt. Doch was fehlte waren Polizeikräfte. Zu diesem Zeitpunkt hätte uns in Harlingen niemand räumen können. Und es trafen immer mehr Menschen ein, die uns mit Decken, warmen Getränken und Essen versorgten.

Sonntag Morgen um 6.30 Uhr hatte die Aktion ihren Anfang im Camp von WiderSetzen in Hitzacker. Dort trafen wir uns zu einem Aktionstraining, um uns für den Tag gut vorzubereiten. Doch das Zelt für das Training war viel zu klein – hunderte Aktionswillige standen noch „vor der Tür“ als die Menschen im Zelt schon dicht an dicht saßen. Kurzerhand wurde ein zweites Aktionstraining unter freiem Himmel durchgeführt, um alle mit den nötigen Informationen zu versorgen. Besonders spannend war, dass ungefähr die Hälfte aller Aktionsteilnehmer noch nie an einer Blockadeaktion teilgenommen hatte, darunter viele Menschen über 50. Wütend über die Laufzeitverlängerungen von Schwarz-Gelb und die Vorfestlegung auf Gorleben hatten sie sich dieses Mal entschlossen, dass bloßes Demonstrieren nicht mehr ausreicht. Dieses Mal sollte es mehr sein.

Irgendwann waren alle mit Bezugsgruppen und Anreiseplan versorgt und gegen 11 Uhr ging es los. Es war eine kurze Anfahrt und längerer Marsch durch den Wald nötig, um zur Schiene zu kommen. Um 13 Uhr war Schienenkilometer 188 mit 1.300 Menschen vollkommen blockiert.

Gegen 21 Uhr saßen dann bereits 5.000 Menschen auf den Gleisen und die Polizei fragte sich, wie sie diese Blockade räumen sollte. Das Problem: Bei Harlingen gibt es einen



Fahrbahn unterhöhlt - hier kommt erst mal kein Castor vorbei

Schienenabschnitt der in einer Senke liegt. Links und rechts der Schiene steigt die Böschung 10 bis 15 Meter steil an und macht ein Räumen unmöglich.

Gegen 1 Uhr nachts war es dann doch soweit: Die Polizei hatte eine Gefangenensammelstelle in einem Kilometer Entfernung von der Blockade auf einem Feld errichtet. Hierhin sollten alle Schienenbesetzer gebracht werden. Insgesamt muss man sagen, dass die Räumaktion von beiden Seiten friedlich verlief. Doch erst fünf Stunden später war der letzte Mensch von der Schiene geräumt, und es dauerte drei weitere bitterkalte Stunden bis der Castor wieder rollte – direkt an der Gefangenensammelstelle vorbei. Der Überlegung, dass der Zug gerade über die Stelle gerollt ist, auf der ich zuvor 18 Stunden gelegen hatte, hatte etwas Unheimliches. Nach der Castordurchfahrt haben alle ihre Sachen gepackt und wir sind – wie vorher versprochen – ohne Personalienfeststellung freigelassen worden. ●



Dieser Anti-Atomherbst hat alle Rekorde gebrochen

# Neue Aktive braucht das Land

Wie können wir politisches Handeln attraktiv machen? Wer heute Mitglied einer Partei ist, wird beäugt, als pflegte er einen etwas abartigen Zeitvertreib

*Von Regine Wilms, Kreisvorstandssprecherin Kreis Pinneberg*

„Wer zu klug ist, um sich selber in der Politik zu engagieren, muss damit leben, dass er von Leuten regiert wird, die dümmer sind als er selbst“, so oder ähnlich sagte Sokrates. Wir stehen vor der Frage: Wo bekommen wir engagierte Leute zum Mitarbeiten her? Wie können wir politisches Handeln attraktiv machen? Wer heute Mitglied einer Partei ist, wird beäugt, als pflegte er einen etwas abartigen Zeitvertreib. Dabei sind es meistens Menschen wie du und ich, die sich in ihrer Freizeit nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Belange anderer einsetzen. Natürlich kann man politisch sein, auch ohne sich zu engagieren. Aber wer nur die anderen machen lässt, verzichtet auch auf etwas. Politisch zu sein bedeutet, dass man in seiner Welt an Veränderung glaubt. Politikerschelte verkennt, dass sich jemand um die größeren Zusammenhänge kümmern muss. Jeder in der Kommunalpolitik muss Politik im Interesse derjenigen formulieren und durchsetzen, die selbst nicht dazu in der Lage sind.

Die Erfahrung, dass Streit aufregend sein kann, scheint mir zentral wichtig für die Entwicklung von Lust an politischem Handeln. Es gibt in jedem Streit Gewinner und Verlierer. „Jedem wohl und keinem weh“ geht nicht in der Politik. Demokratische Politik ist ja gerade nicht dazu da, Maximalpositionen durchzusetzen. Nein, ganz normale Menschen dürfen sich in der Demokratie über ihre Überzeugungen und Interessen austauschen. Es gibt immer wieder die Chance, eingeschlagene Wege zu korrigieren.

Streit und dann Kompromiss hat die Funktion der Verständigung der Mitglieder untereinander. Je größer die Meinungsvielfalt, desto schwieriger der Weg, bis ein Standpunkt dann auch einheitlich vertreten werden kann. Das ist der Alltag der Demokratie. Politische Projekte können nur verwirklicht werden in der ständigen Rückkoppelung zu anderen und in Konkurrenz zu anderen Wegen und Zielen. Politische Entscheidungen ohne diese Abwägungen und Beteiligung aller führt zum „Syndrom Stuttgart 21“. Nur so entstehen – zugegebenermaßen mühsam – Meinungen und dann auch Mehrheiten. Mitdiskutieren und Mitentscheiden heißt Aushalten von Widersprüchen, heißt Rede und Gegenrede. Heißt Gleichberechtigung aller Beteiligten.

Demokratie wird nicht von den Besten diktiert, sondern braucht ganz normale Menschen – Durchschnitt. Es ist unsere Aufgabe gerade als KommunalpolitikerInnen, den Bürger und die Bürgerin nicht nur zu vertreten, sondern sie an die Beteiligungsinstrumente in der Kommune heran zu führen. Attraktive Beteiligungsinstrumente für alle Bürger schaffen nicht nur höhere Akzeptanz und Gleichberechtigung aller Beteiligter, sondern können auch „Kinderstuben“ zukünftiger politisch aktiver Menschen sein. Wenn es uns gelingt, bei allem Anspruch auf Sorgfalt in der Bearbeitung von Inhalten und Verantwortung für die politischen Aufgaben, die Anforderungskriterien erreichbar erscheinen zu lassen, werden wir engagierte und gute Leute finden, die wir dringend brauchen. ●

## 5 von 200

Fünf von 200 neuen Mitgliedern, die wir seit der Landtagswahl hinzu gewonnen haben. Herzlich willkommen!



**Christian Barz**  
Industrietechniker  
und **Martin Storm**  
Liedermacher/Sänger/Pastor



**Oliver Pohl**  
Kriminalbeamter



**Daniela Meyer**  
Hausfrau/Mutter, Sprecherin  
des KV Dithmarschen



**Werner Neffe**  
Pensionär

# Brauchen wir eine Quote für Menschen mit Migrationshintergrund?

Diskussion anlässlich eines Antrages zum Bundesparteitag



**PRO: Von der Migration zur Integration**  
Von Spyridon Aslanidis (KV Lübeck)

Integration findet nicht theoretisch statt, sondern im Alltag. Die politische Teilhabe ist ein wesentlicher Aspekt davon. Im Frauenstatut sagen wir nicht allgemein, „es wäre schön, wenn Frauen die Chance bekämen, Politik zu machen“, sondern die Hälfte der Ämter und Mandate stehen ihnen zu.



**CONTRA: Das Miteinander zählt**  
Von Karin Roeder (KV Kiel)

Die Integrationsdebatte in unserem Land schadet, so wie sie geführt wird, der interkulturellen Verständigung. Braucht es eine MigrantInnenquote um dagegen ein Zeichen zu setzen? Eine Partei, die die 20 Prozent-Marke ansteuert oder übertreffen will, ist keine Randpartei mehr.

Dabei fragen wir nicht, ob sie aus einem armen Arbeitermilieu stammen oder rhetorisch gewieft sind: Es geht um die Förderung der politischen Teilhabe ohne Wenn und Aber. Und das ist gut so! Viele Frauen hätten sonst nie diese Chance bekommen.

Ich wurde in den 1970er Jahren in der Schule verprügelt, weil ich ein Ausländerkind war. Ist die heutige Gesellschaft migrantInnenfreundlich? Nicht wirklich. Gut, wir als Partei haben Menschen mit Migrationshintergrund in hohen Ämtern, das darf aber nichts vortäuschen: sie machen 20 Prozent der Bevölkerung aus, aber in der Politik sind weniger als ein Prozent beteiligt.

Wird ein MigrantInnenstatut alles besser machen? Darüber sollten wir gern diskutieren. Nur dabei vergessen wir manchmal etwas zu tun. In unserem Grundsatzprogramm sprechen wir von der multikulturellen Demokratie, Förderung von Minderheiten, Migrationsgesellschaft: wir sollten dies konkret umsetzen! Lasst uns die MigrantInnen (im hiesigen Sinne), in unser Haus einladen, ihnen zeigen: ein Platz ist für sie frei. Lasst uns diesen Schritt als erste machen, ein Beispiel für die Zivilgesellschaft sein, wie vor 24 Jahren mit dem Frauenstatut. Das macht uns zu einer Partei von Größe.

Dadurch entsteht die Verpflichtung, das Land als Ganzes im Blick zu haben. Zu den Benachteiligten zählt nicht nur ein Teil der MigrantInnen, sondern auch die große Gruppe der Armen, Alten, Arbeitslosen, Alleinerziehenden und Menschen mit jeglichem Handicap. Sie alle brauchen das soziale Netz und ein adäquates Bildungsangebot als Voraussetzung zu Entwicklung von Selbstbewusstsein, Aufstieg und Teilhabe, auch an der Politik. Sie brauchen nicht die Quote, sie brauchen ehrlich gemeinte Angebote zur demokratischen Beteiligung.

Darüber hinaus ist die Definition schwierig. Wer muss/soll/kann/darf als MigrantIn gezählt werden? Sind wir nicht alle irgendwo MigrantInnen?

Wie können wir in ländlichen Gegenden von Schleswig-Holstein die geforderte Quote umsetzen? Wie können wir andererseits die Quote 1:5 in Gaarden oder Wedding rechtfertigen, wenn dort mehr als 60 Prozent der Menschen Migrationshintergrund haben?

Unsere Partei steht für ein klares Bekenntnis zur Pluralität, Freiheit, Toleranz, Demokratie und Verantwortung füreinander. Wenn wir diese Werte mit ehrlichem Willkommen, aufrichtiger Herzlichkeit, kurz: Leidenschaft füreinander ausstatten, haben wir mehr gewonnen als mit einer verordneten Quote. Zeichen zu setzen allein reicht nicht.

Integration ist ein emotionaler Vorgang, der beide Seiten fordert, jeden Einzelnen von uns. Liebe MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund: Ihr seid herzlich willkommen, bringt euch ein, gestaltet mit! Das Miteinander zählt. Lasst uns nicht nur auf die Wurzeln schauen, sondern in das Herz der Menschen.

↳ Dies ist ein Beispiel für Debatten, wie sie zu verschiedenen Themen in den Landesarbeitsgemeinschaften geführt werden.

Ihr seid herzlich eingeladen euch daran zu beteiligen, zu den Terminen zu kommen oder auch erst einmal als E-Mail-Empfänger dabei zu sein. Informationen zu unseren LAGen findet ihr unter [www.sh.gruene.de](http://www.sh.gruene.de)

Gerade für die Weiterentwicklung unseres Landtagprogrammes brauchen wir eure Unterstützung.

Der Antrag, auf den sich diese Debatte bezieht, findet sich hier: <http://tinyurl.com/BDK-Antrag>. Er wurde in den Parteirat verwiesen.



Von links: Lennart Beeck, Beisitzer,  
Catharina Nies, Landesvorsitzende,  
Lydia Rudow, Landesvorsitzende,  
Tilmann Schade, Schatzmeister

## Politik für eine lebenswerte Zukunft

Die Aufgabe der jungen Generation muss es sein, in die öffentliche Diskussion ihre Perspektive und ihr Bedürfnis nach einer lebenswerten Zukunft einzubringen

### Vom Landesvorstand der Grünen Jugend

Egal, ob es um die Integrationsdebatte, den Streit um die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken oder das Chaos in der Bildungspolitik geht – besonders junge Menschen sind von diesen Fragen betroffen. In allen Bereichen der Politik legen Beschlüsse von heute die Grundlage für unsere Realität von morgen. Trotzdem denken viele PolitikerInnen nur von einer Wahl zur nächsten. Sinnvolle, aber unpopuläre Entscheidungen werden verworfen, da man auf die positiven Auswirkungen vermutlich länger als vier oder fünf Jahre warten müsste. So ist Nachhaltigkeit zur Worthülse verkommen, die oft lediglich dazu dienen soll, verstaubten Parteien und Programmen einen modernen Anstrich zu verpassen. Für echte Nachhaltigkeit ist kaum noch Platz.

Die Aufgabe der jungen Generation muss es deshalb sein, in die öffentliche Diskussion ihre Perspektive und ihr Bedürfnis nach einer lebenswerten Zukunft einzubringen. Genau dies tun wir! Wir als Grüne Jugend haben Mensch und Umwelt gleichermaßen im Blick. Zentrale Fragen sind unter anderem: Wie wollen wir wirtschaften? Ist unser heutiges System, das auf dem Zwang zum Wachstum beruht, überhaupt zukunftsfähig? Ist unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten denkbar? Wie hoch sind die ökologischen Kosten, die unsere Lebensweise verursacht?

Diese Fragen spielten auch auf dem letzten Bundeskongress der Grünen Jugend in Gelsenkirchen im Oktober eine Rolle. Dort haben wir ein neues Grundsatzprogramm – unser Selbstverständnis – beschlossen. Unter anderem haben wir uns als Verband ganz klar kapitalismuskritisch positioniert.

Unser Produzieren und Konsumieren muss sozial, ökologisch und demokratisch zugleich sein. Daher werden Ökonomie und Ökologie bei uns immer zusammen gedacht – der alte Widerspruch dieser Felder muss überwunden werden. Profitgier darf nicht länger das Denken in der Wirtschaft beherrschen!

Auch wenn wir nicht auf alle Fragen der Zukunft eine Antwort wissen – ein erster Schritt ist, die richtigen Fragen zu stellen, die Problemfelder aufzuzeigen und verschiedene Lösungen zu diskutieren. Genau mit dieser Intention wollen wir gemeinsam mit anderen Jugendorganisationen (Jusos, DGB-Jugend, BUND-Jugend u.a.) im Frühjahr 2011 einen Jugendkongress veranstalten. Unter dem Motto „Tatort Zukunft“ werden wir aufzeigen, wie wir uns Schleswig-Holstein im Jahr 2020 vorstellen und welche konkreten politischen Forderungen wir an die Landesregierung stellen.

Die Grüne Jugend mischt sich ein – regional, national, international und global. Wenn du Lust hast, dabei zu sein, mitzudiskutieren, dich zu engagieren oder deine Ideen einzubringen, dann melde dich gerne bei uns: [info@gruenejugend-sh.de](mailto:info@gruenejugend-sh.de). Wir freuen uns auf dich!

► Mehr Info unter: [www.gruenejugend-sh.de](http://www.gruenejugend-sh.de)

## Pawlows Hund, die FDP und Volksweisheiten

Von Robert Habeck

Iwan Petrowitsch Pawlow machte 1905 eine Entdeckung: Schlüsselreize können eine körperliche Reaktion auslösen. Wann immer eine Glocke klingelte, lief dem so genannten Pawlowschen Hund der Speichel. Diese Konditionierung hat inzwischen auch die FDP in Schleswig-Holstein. Nur dass

sie dazu keine Glocke braucht, sondern ihr unsere Pressemitteilungen reichen. Wie im Reflex antworten sie darauf mit Schaum vor dem Mund. Nicht, dass das irgendwie erhellend wäre, aber es nervt.

Und es zeigt: Die Zeit, in der die anderen Fraktionen sich positiv auf unsere Arbeit bezogen haben – das letzte Jahr – sind vorbei. Stattdessen sind wir zur Bedrohung geworden. Da wir unsere inhaltliche Linie keinen Deut verschoben haben, kann das nur an den veränderten Rahmenbedingungen der Politik liegen, der grünen Umfragestärke, der Schwindsucht der ehemaligen Volksparteien, der Panik der FDP vor dem freien Fall.

In den Debatten des Landtags begreift uns die CDU als Hauptgegner, die politische Großwetterlage wird rauer. Viel Feind, viel Ehr, lautet die Volkswahrheit. Aber sie trifft den Nagel nicht so recht auf den Kopf. Denn in unserem Fall heißt es: Viel Feind, viel Arbeit. Für die Fraktion sind die Anforderungen seit den Sommerferien höher geworden – sowohl die fremden und noch mehr unsere eigenen. Denn seit dem Neuwahlurteil fokussieren wir unsere Arbeit noch mehr. Von der Programmatik zur konzeptionellen

Umsetzung, könnte man diesen Prozess beschreiben. Wir rechnen Bildungskosten nach, schreiben Gesetzentwürfe, prüfen Bundesratsinitiativen.

Ob wir den Erwartungen der Menschen an uns genügen, wird entscheidend davon abhängen, ob wir unseren eigenen Ansprüchen genügen. Diese Ansprüche müssen nun noch einmal wachsen. Programmatische Visionen zu entwickeln ist



Grün wächst und wir müssen verantwortungsvoll damit umgehen

foliade / M. Tobias Müller

der Boden grüner Politik. Visionen in Konzepte zu übersetzen ist die Saat, die wir in diesen Boden pflanzen müssen. Und dann brauchen wir nur noch eine Mehrheit, damit sie aufgehen kann ... ●



In freier Natur haben Nerze ein Revier von 20 Quadratkilometern

## Nerze gehören nicht in den Käfig und ihr Fell nicht in den Kleiderschrank

Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Leiden zufügen, so steht es im Tierschutzgesetz, ein schicker Pelzmantel ist aber kein vernünftiger Grund

### Von Marlies Fritzen

Anfang September befreiten Tierschützer mehrere Tausend Nerze aus einer Pelztierfarm im Kreis Schleswig-Flensburg. Die meisten Tiere wurden rasch wieder eingefangen, einige hundert starben. Immer wieder machen solch spektakuläre Aktionen Schlagzeilen, das Problem einer artgerechten Haltung lösen sie aber nicht. Im Gegenteil: Tierhalter und Tierschützer stehen sich unversöhnlich gegenüber. Die einen sprechen von Terroranschlägen auf ihre Betriebe, die anderen von Mord an der unschuldigen Kreatur.

Nerze gehören zur Familie der Marder. Sie leben in freier Natur in einem Revier von rund 20 Quadratkilometern – sowohl an Land als auch im Wasser. Ihr Fell ist daher dicht und wasserabweisend, ein idealer Pelz eben. In Pelzfarmen leben sie in Käfigen von 95 mal 30 mal 45 Zentimetern, auf Drahtböden und ohne die Möglichkeit zu schwimmen. Eine artgemäße Bewegungsmöglichkeit wird ihnen also versagt.

In Schleswig-Holstein gibt es derzeit nach meinen Erkundigungen drei Pelztierbetriebe mit insgesamt rund 41.000 Tieren. Ab Dezember 2011 gelten strengere Haltungsvorschriften, nach denen den Tieren in Gruppenhaltung mindestens ein Quadratmeter Platz gegeben werden muss. Zusätzlich sollen sie ab Dezember 2016 eine Schwimm- oder Sandbademöglichkeit erhalten. In einem Gespräch mit dem Pelztierzüchterverband wurde deutlich, dass dieser die neuen Regelungen ablehnt. Die Zucht und Haltung sei danach nicht mehr rentabel. Heute kostet ein Fell etwa 26 Euro, nach der Umstellung wird mit Kosten von rund 430 Euro gerechnet. Für einen Mantel benötigt man bis zu 50 Felle. Man werde daher

gegen den Vollzug der neuen Haltungsregelungen klagen, hieß es. Ich habe deshalb im Landtag einen Antrag gestellt, der die Landesregierung auffordert, die Einhaltung der neuen Vorschriften genau zu überprüfen und Verstöße zu sanktionieren.



Mehr Tierschutz bedeutet weniger Gewinn für die Tierzüchter

„Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen“, dieser Grundsatz wird im Tierschutzgesetz festgeschrieben. In Paragraph 2 wird festgelegt, dass „wer ein Tier hält [...] die Möglichkeit des Tieres zu artgemäßer Bewegung nicht so einschränken [darf], dass ihm Schmerzen oder vermeidbare Leiden oder Schäden zugefügt werden.“ Ein schicker Pelzmantel ist kein vernünftiger Grund, die Haltung von Nerzen nicht artgerecht. Deshalb gilt: Nerze gehören nicht in den Käfig und ihr Fell nicht in den Kleiderschrank! ●

# Die Tourismuswirtschaft in Schleswig-Holstein wird Grün

Die Menschen suchen mehr und mehr nach Möglichkeiten, ihren Urlaub intelligenter und nachhaltiger zu gestalten

Das ist das Ergebnis eines grünen Tourismusworkshops in Nordfriesland

*Von Dr. Andreas Tietze*

Der Tourismus ist mit einem jährlichen Umsatz von rund sieben Milliarden Euro eine maßgebliche Säule des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein. 160.000 Menschen sind im Tourismus beschäftigt. Schleswig-Holstein gehört zu Deutschlands Top-Urlaubsdestinationen. Die Zahl der Gäste hat in den letzten zehn Jahren (fast) kontinuierlich zugenommen und im vergangenen Jahr 24 Millionen erreicht.

Die Menschen suchen mehr und mehr nach Möglichkeiten, ihren Urlaub intelligenter und nachhaltiger zu gestalten. Schlagworte wie Voluntourism, pure Natur, Exploretainment oder Camping 2.0 prägen die Reisemessen.

Große Betonbettenburgen, Ballermann und Partyimage sind out. Urlaubsmotive sind zunehmend „Anti-Stress“, „Kreative Erholung“ und „Ich-Zeit“. Der daraus resultierende Trend in der Tourismusbranche ist Entschleunigung und Energiegewinnung. Gerade das Thema Gesundheit ist der große Trend in der Reiseindustrie. Der Urlaub wird zur präventiven Gesundheitserhaltung und für die persönliche Weiterentwicklung und -bildung genutzt.



Bettina Aust - Sylt

*Die wilde Natur ist einer der wichtigsten Standortfaktoren für unser Land*

Auf diese gesellschaftlichen Trends muss eine nachhaltige Tourismuswirtschaft in Schleswig-Holstein reagieren. Grüne Ziele und Thesen (auf dem Workshop entwickelt) sind dabei:

- Entwicklung eines nachhaltigen und klimaverträglichen Tourismus in Schleswig-Holstein, der die Ressourcen unseres Landes schont
- TouristInnen kommen, um unser weites, natürliches, vielfältiges, wildes Land mit seinen Meeren und Küsten zu entdecken
- TouristInnen teilen und gestalten die kulturellen Schätze und Angebote
- die Gäste sollen sich hier wohl fühlen und gerne wiederkommen
- der Tourismus sichert unsere wirtschaftliche Existenz
- unsere schleswig-holsteinische Heimat gibt Energie. Vielfältige Bewegungsmöglichkeiten spielen dabei eine große Rolle



Bettina Aust - nordart Büdelsdorf

*Ohne Kultur ist alles nichts - das gilt auch für den Tourismus*



Gern kommt Andreas Tietze in die Kreis- und Ortsverbände, um über neue Chancen für Grünen Tourismus zu diskutieren.

Kontakt: [andreas.tietze@gruene.ltsh.de](mailto:andreas.tietze@gruene.ltsh.de)  
[www.andreastietze.de](http://www.andreastietze.de)

Die Workshop Teilnehmer/Innen haben Lust weiter zu machen und wollen einen Beschluss auf dem Kleinen Parteitag im Dezember erreichen, dass eine LAG Tourismus gegründet wird. Damit können wir grüne Positionen zum Tourismus in Schleswig-Holstein (weiter)entwickeln und präzisieren. ●



Öfter miteinander reden, mit offenem Visier – das ist praktizierte Deeskalation

## Diskussion über Versammlungsfreiheit eröffnet

**Demonstrationskultur ist heute in der Mitte der Bürgergesellschaft angekommen**

**Wir setzen auf ein Modell, das die Freiheit stärkt und zugleich dafür sorgt, dass Versammlungen friedlich bleiben**

### *Von Thorsten Fürter*

Zu Beginn des Jahres haben wir – gemeinsam mit den Linken – eine Initiative für die verbindliche Einsatzkennzeichnung von PolizeibeamtInnen vorgeschlagen. Jetzt wollen wir das Thema Versammlungen insgesamt angehen. Für Versammlungsrecht sind seit 2006 die Länder zuständig. Seitdem sind in mehreren Bundesländern neue Gesetze erlassen worden. In Schleswig-Holstein tat sich bisher nichts.

Als erste Fraktion haben wir jetzt einen Diskussionsentwurf vorgelegt. Das bei uns bis heute gültige Bundesgesetz atmet den Geist des Eingriffs. Sein Schwerpunkt liegt bei den Sanktionsrechten für die Polizei. Schon mehrfach musste es durch Gerichtsurteile korrigiert werden, die im Gesetzestext bis heute nicht zum Ausdruck kommen.

Wir setzen auf ein Modell, das die Freiheit stärkt und zugleich dafür sorgt, dass Versammlungen friedlich bleiben. Die Demonstrationskultur ist heute in der Mitte der Bürgergesellschaft angekommen. Proteste gegen Stuttgart 21, die CCS-Speicherung und der Bau der Fehmarnbelt-Querung sind Beispiele dafür. Dazu passt ein Modell, das stärker auf das Miteinander von Polizei und Versammlung setzt.

Schon in der Zielvorgabe des Gesetzes sagen wir: Hauptaufgabe der Polizei ist der Schutz der Versammlungsfreiheit.

Wesentliche Elemente der Stärkung dieser Schutzfunktion sind die Einfügung eines Kooperationsgebots zwischen Versammlungsveranstaltern und der Polizei und die Verpflichtung, bei sich abzeichnenden Gefahrenlagen KonfliktmanagerInnen einzusetzen.

Außerdem betonen wir die Bürgerrechte: Es soll erstmals in Deutschland einen Passus zur Demonstrationsbeobachtung geben. Diese Regelung erlaubt bürgerschaftlichen Gruppen die unparteiliche Teilnahme an Demonstrationen. Es soll viel seltener Bildaufnahmen von Demos geben. Heute reicht beispielsweise dafür schon die Gefahr aus, dass einer DemonstrantIn die Brieftasche gestohlen werden könnte. Künftig ist nur bei gewalttätigen Verläufen oder bei Begehung schwerer Straftaten überhaupt eine Aufnahme zulässig. Die Einhaltung der Vorschriften sollen durch das Landesdatenschutzzentrum jedes Jahr überprüft werden.

Wir haben einen Dialog begonnen mit BürgerInnen, Verbänden und natürlich auch innerhalb der Partei. Lasst uns zusammen ein modernes, freiheitliches und sicherheitsbewusstes Versammlungsrecht schaffen.

Der Vorschlag im Wortlaut findet sich unter:

<http://tinyurl.com/versammlungsgesetz>

# Carstensen und Merkel müssen Ismail Abdi nach Schleswig-Holstein zurück holen

Ein deutscher Staatsbürger und Menschenrechtler gerät in Syrien in Gefangenschaft

Ein Bericht vom erbitterten Kampf für die Freilassung von Ismail Abdi

Von Luise Amtsberg

Man beginnt sich zu wundern, wenn man sieht, wie die derzeitige Bundesregierung versucht, diplomatische Beziehungen mit Leben zu füllen. Mehr als grotesk erscheint es, wenn die Bundesrepublik mit einem Staat wie Syrien hochoffizielle Rücknahmeabkommen vereinbart und ohne Skrupel Menschen in einen Staat zurück schickt, der nach Erkenntnissen von Menschenrechtsorganisationen weltweit die Rechte von zurückgekehrten Flüchtlingen missachtet und diese willkürlich inhaftiert.

Noch grotesker aber ist es, wenn ein deutscher Staatsbürger wie der Kieler Menschenrechtler Ismail Abdi bei einem Familienbesuch in Syrien in Gefangenschaft gerät und auch nach massiven Protesten keine Chance auf Freilassung erhält. Das Auswärtige Amt, das diplomatische Beziehungen nach Syrien unterhält, möchte nichts wissen von Ismail Abdis Verbleib. Indessen konnte eine kurdische Menschenrechtsorganisation aber den Aufenthaltsort ausfindig machen: Ismail Abdi lebt.



Die Haftbedingungen in Syrien sind skandalös. Die Gefängnisse sind nicht mit unseren zu vergleichen.

Seine Familie kann für eine Sekunde aufatmen. Seitdem sind fast drei Monate vergangen, und was wir wissen ist, dass Herr Abdi in einem Gefängnis nördlich von Damaskus ohne Grund in Haft sitzt. Abdi ist schwer krank, die Haftbedingungen in Syrien sind skandalös. Jeder Tag in Gefangenschaft stellt ein Lebensrisiko dar.

Wir fordern die schleswig-holsteinische Landesregierung auf, sich auf allen Ebenen mit Nachdruck für die Rückkehr Ismail Abdis einzusetzen. Es ist Aufgabe der Bundesrepublik, seine Rechte als deutscher Staatsbürger zu schützen. Land und Bund müssen auf die sofortige Freilassung Abdis drängen.

Ein Staat, der die Rechte von Menschen nicht wahrt und die deutsche Staatsbürgerschaft für nichtig erklärt, kann kein guter Kooperationspartner sein. Wir Grüne kämpfen weiterhin im Land und im Bund dafür, dass Ismail Abdi zu seiner Familie nach Kiel zurückkehren kann. ●



Syrien missachtet nach Erkenntnissen von Menschenrechtsorganisationen die Rechte von zurückgekehrten Flüchtlingen und inhaftiert diese willkürlich.

# Die Grüne Landtagsfraktion ist nun endlich auch in der Mitarbeiterschaft komplett

Vier neue, engagierte Kräfte unterstützen die Grüne Landtagsfraktion bei ihrer parlamentarischen Arbeit:



**Silke Spielmans**  
Referentin für Umwelt, Landwirtschaft und Europa.

Silke war auch schon für die Grüne Bundestagsfraktion tätig. Zuletzt hat sie an der Technischen Universität Berlin in einem vom Bundesamt für Naturschutz geförderten Projekt zu Biodiversität und Klimawandel gearbeitet. Sie freut sich, wieder nach Kiel zurück zu kehren, wo sie früher Landwirtschaft studiert hatte. Silke bewegt sich gern draußen in der Natur, zu Fuß, mit dem Fahrrad oder manchmal auch zu Pferde.



**Nadine Schlemminger**  
Referentin für Haushalt und Finanzen

Der Landesrechnungshof war Nadines vorheriger Arbeitgeber. Haushaltspläne durchblickt sie mit Leichtigkeit. Aber Zahlen allein bestimmen auch nicht ihr Leben. Gern joggt sie mit ihrem Hund durch Wald und Flur oder verbringt die Zeit mit ihrem Mann, Sohn und Tochter.



**Sven Greschbach**  
Referent für Bildung

Auch Sven kam aus der Bundeshauptstadt zu uns. Hier konnte er „Teach First Deutschland“ mit aufbauen ([www.teachfirst.de](http://www.teachfirst.de)), um richtig fitte, tatkräftige AbsolventInnen an die Schulen zu bringen. In seiner Freizeit liest er gern (vor allem Krimis und Comix), kocht oder geht auf Trekkingtouren (am liebsten im Norden).



**Sylwia von Rechenberg**  
Mitarbeiterin der Presse- und Geschäftsstelle

Sylwia ist ehemalige Fernsehjournalistin und arbeitete in den letzten Jahren für öffentlich-rechtliche und private Sender. Seit Anfang des Jahres nimmt sie am bundesgrünen Traineeprogramm teil und wurde bereits zur Sprecherin der LAG Medien- und Netzpolitik gewählt. Wenn ihr die Parteiaktivitäten noch Zeit lassen, fotografiert sie gerne, liest oder kocht. Ihre Zukunftsvision: Grünes Deutschland und mehr Gerechtigkeit.

## Infos und Termine

### Netzpolitik: Urheberrecht, Kulturflatrate und Abmahnwahn

Wissenschaftspark, Kiel, 03.02.2011 um 19:00 Uhr

Bereits heute werden mehr Musiktitel illegal heruntergeladen oder kopiert als legal gekauft. Müssen weite Teile der Bevölkerung vor Gericht gestellt werden? Wie können KünstlerInnen auch weiterhin auf ihre Kosten kommen? Das Urheberrecht ist nicht mehr zeitgemäß, darüber herrscht Einigkeit. Aber wie muss es weiterentwickelt werden? Diskussionsveranstaltung mit Konstantin von Notz MdB, Helga Trüpel MdEP, Thorsten Förter MdL und Markus Bechedahl, [netzpolitik.org](http://netzpolitik.org) (angefragt).

### Biodiversität: Ernährung und Entwicklung brauchen Vielfalt

Landeshaus in Kiel, am 17.02.2011 um 16:00 - 21:00 Uhr

Wie beeinflussen wir mit unserem Ernährungsverhalten die biologische Vielfalt in Nord und Süd? Wie kann durch vielfältige und angepasste Landnutzungskonzepte die Ernährung weltweit sicher gestellt werden? Mit diesen und anderen Fragen wollen wir mit Fachleuten diskutieren.

### Plietsch! Bildungspolitisches Gespräch mit Ulrike Kegler

Landeshaus in Kiel, am 03.03.2011 um 19:00 Uhr

Ulrike Kegler ist Schulleiterin der Montessori-Schule Potsdam, Mitgründerin des „Archiv der Zukunft“-Netzwerkes und Autorin des Buches „In Zukunft lernen wir anders“. Sie wird uns nicht nur aus dem Innenleben guter Schulen berichten, sondern freut sich auch auf die Diskussion mit uns.

# berlin-report

informationen der schleswig-holsteinischen bundestagsabgeordneten

Dezember 2010

## Gesellschaft gemeinsam (digital) gestalten

Von Konstantin von Notz

Am 12. und 13. November 2010 führten wir in dem wegen seiner Ausschusssäle oft als Maschinenraum des Bundestages bezeichneten Paul-Löbe-Haus einen netzpolitischen Kongress mit dem Titel „Gesellschaft digital gestalten“ durch.

Im Rahmen des Kongresses diskutierten knapp 600 TeilnehmerInnen und ReferentInnen über Chancen und Herausforderungen der Netzpolitik.

Nach etlichen Vorträgen, Podien, zahlreichen Workshops sowie einem Barcamp – einer spontanen, von den TeilnehmerInnen selbstorganisierten Veranstaltungsform, die zum ersten Mal im Deutschen Bundestag stattfand – ist klar: Das Netz bietet enorme Chancen und Potenziale. Wir Grünen wollen diese nutzen und das Netz auch zukünftig gestalten – und zwar positiv und progressiv.

Gleichzeitig stellen wir uns den Herausforderungen, die uns Netz und Digitalisierung aufgeben: Wir sind es, die mögliche Perspektiven für die digitale Welt aufzeigen und Lösungsansätze entwickeln – ob beim Datenschutz, beim Urheberrecht oder bei der Netzneutralität.

Die vergangenen Monate haben gezeigt: Hinterzimmerpolitik war gestern. Mit Hilfe des Netzes können wir auch unsere Demokratie vitalisieren, z.B. durch mehr Transparenz und durch neue Beteiligungsmöglichkeiten. Hierfür bedarf es natürlich erst einmal eines freien und finanzierbaren Zugangs zum Netz – auch bei uns in Schleswig-Holstein. Ein guter



von links nach rechts: Prof. Dr. Susanne Baer, Bundesdatenschutzbeauftragter Peter Schaar, Konstantin v. Notz beim netzpolitischen Kongress

und schneller Breitbandausbausteht deswegen ganz oben auf der Agenda. ●

Über unsere aktuellen netzpolitischen Aktivitäten könnt ihr Euch auf den Seiten der Fraktion oder in unserem Blog [www.gruen-digital.de](http://www.gruen-digital.de) informieren. Gerne berichte ich Euch auch vor Ort von meiner Arbeit in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ und im Unterausschuss Neue Medien des Bundestages.

### Wahlkreisbüro

Katharina Bartsch  
Marc Ziegelitz  
Hans Schneider  
Marktstraße 8, 23879 Mölln  
Telefon 04542 - 83 07 00  
Telefax 04542 - 9 85 48 86  
[konstantin.notz@wk.bundestag.de](mailto:konstantin.notz@wk.bundestag.de)

### Bundestagsbüro

Bettina Künzel (Sachbearbeitung)  
Jörn Pohl (SH, Netzpolitik)  
Nils Leopold (Innenpolitik)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon 030 - 227 7 21 22  
Telefax 030 - 227 7 68 22  
[konstantin.notz@bundestag.de](mailto:konstantin.notz@bundestag.de)

[www.von-notz.de](http://www.von-notz.de)

### „Steht uns ein terroristischer Anschlag bevor?“

Diese Frage beschäftigt derzeit das ganze Land: Der Bundestag diskutiert die „Sicherheitslage“ vor allem im Innenausschuss, dessen Mitglied ich bin. Wichtig ist: Die derzeitige Bedrohung ist real und ein Anschlag ist möglich. Aber: Terrorwarnungen sind stets auch die Bewährungsstunde für die Grundsätze des Rechtsstaates. Bei Hinweisen auf eine Bedrohung der Sicherheit ist es zunächst Aufgabe der zuständigen Behörden, ihren Job zu machen. Hierbei brauchen sie die ruhige und besonnene Unterstützung der Politik. Wer meint, diese Situation populistisch für gesetzliche Verschärfungen und Grundrechtsabbau nutzen zu können, handelt politisch unredlich. Der Sicherheit hilft dies nicht.

# Bergbau im Rechenzentrum?

## I-Pad, I-Phone & Co.: Wie nachhaltig ist unsere Informationstechnologie?

Von Valerie Wilms

Die geladenen Experten zum Workshop Green IT beim Netzpolitischen Kongress ergänzten sich gut. Maike Janßen vom Umweltbundesamt zählte auf, was in Laptops, Handys und Co. so steckt: Neben Kupfer auch Silber, Gold, Platin – Stoffe von hohem Wert. Hier lohne es sich, auf Effizienz und Wiederverwertbarkeit zu achten, sowohl der eingebauten Materialien, noch mehr der Geräte selbst. Dazu müssten Akkus sowie Ladekabel standardisiert und Software-Updates zur Pflicht werden. Schließlich steigt der Bedarf an Geräten weltweit und damit auch die Menge an Elektroschrott, weil

das Neueste von Gestern schnell überholt ist. Und das landet – entgegen den gesetzlichen Vorschriften – zu zwei Dritteln in Entwicklungsländern. Denn die Kontrollen sind vage. Schließlich verdienen alle an dem schnellen Kreislauf: Rohstoffunternehmen, Hersteller und die Nutzer – Letztere wegen der niedrigen Preise.

Cornelia Heydenreich von Germanwatch knüpfte hier an. Rohstoffe, insbesondere Coltan, Zinn und seltene Erden, würden unter miserablen ökologischen und sozialen Bedingungen abgebaut und verarbeitet. Naturlandschaften werden zerstört

oder kontaminiert und damit für Mensch und Tier unbewohnbar gemacht. Sowohl bei der Rohstoffgewinnung als auch beim nicht fachgerechten Recycling entstehen gesundheitsgefährdende Dämpfe, denen die Menschen in Asien und Afrika schutzlos ausgeliefert sind, denn dort gibt es kaum Arbeitsschutzvorschriften. Es sei dringend nötig, dass die Bundesregierung in ihrer Rohstoffstrategie nicht nur die Sicherung von Rohstoffen im Auge hat, sondern ökologische und soziale Kriterien mit aufnehme.

Für Florian König vom Green-IT-Beratungsbüro bei BITKOM hält der Nachhaltigkeitsgedanke bereits Einzug in die Firmenphilosophien. Denn ökologische Vorteile seien häufig auch ökonomische. Das

hätte sich rumgesprachen. Aufholbedarf sieht er vor allem bei den Administratoren der kleinen Unternehmen. Da fehle häufig Know-How – die Leute hätten einen veralteten Wissensstand. Er rät Unternehmen, neuen Mitarbeitern nicht nur die Kaffeeküche zu zeigen, sondern auch die Energieeinsparpotenziale.

Für Dr. Severin Beucker von Borderstep sollte Informationstechnologie selbst nachhaltiger sein. So würden Rechenzentren aber auch Kühlaggregate Wärme produzieren, die heute noch einfach abgeführt wird. Sie kann aber gut zum Heizen der Gebäude genutzt werden. Zudem ließe sich mit intelligent gesteuerter Heiztechnik in großen Mietshäusern bis zu 30 % Energie einsparen. In der Stahlproduktion konnte der Anteil von Recyclingstahl durch intelligente Steuerung erhöht werden. Ein ungelöstes Problem sei, dass Menschen eingesparte Energie für zusätzliche Geräte nutzen. Der persönliche Bedarf sei aber nur sehr schwer zu beeinflussen. ●

Mehr zu Nachhaltigkeit unter:  
<http://www.valerie-wilms.de/themen-neu/nachhaltigkeit/>

### Wahlkreisbüro

Heinrich F. Kut  
Damm 48, 25421 Pinneberg  
Telefon 04101 - 55 39 85  
Telefax 04101 - 55 39 86  
valerie.wilms@wk.bundestag.de

### Bundestagsbüro

Matthias Schröder  
Lucia Dietlmeier  
Margret Wurm  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon 030 - 227 7 16 82  
Telefax 030 - 227 7 62 89  
valerie.wilms@bundestag.de

 [www.valerie-wilms.de](http://www.valerie-wilms.de)

Green IT, Foto: Marcus Stark/pixelio.de



# Stürmische Zeiten durch viel heiße Luft

Von Ingrid Nestle

**Schwarz-gelb verzweifelt an eigener Energiepolitik. Aufgrund von Chaos in der Regierung oder vorseilendem Gehorsam vor großen Lobbyisten entspricht ihre Energiepolitik den eigenen Zielen nicht mal mehr ansatzweise.**

Als neues Ziel für die Attacken auf die Grüne Energiepolitik haben die Schwarz-Gelben jetzt das Thema Netzausbau entdeckt. Sie behaupten, wir Grünen würden den Netzausbau blockieren und damit sei unsere Strategie hin zu 100% Erneuerbaren unglaublich.

Tatsächlich wird in Schleswig-Holstein inzwischen regelmäßig Windkraft abgeschaltet, weil die notwendigen Netze nicht da sind. Wir Grünen haben aber deutlich überzeugendere Strategien zum Netzausbau als die Regierung:

Vor allem die Akzeptanz in der Bevölkerung ist der Dreh- und Angelpunkt für das Zukunftsprojekt Ausbau der Stromnetze. Wie die Proteste zu Stuttgart 21 zeigen, verspricht eine Strategie der Konfrontation mit den Bürgern keinen Erfolg. Ein Abbau der Bürgerrechte, wie aus Regierungskreisen schon gefordert, würde den Netzausbau nicht beschleunigen. Der Netzausbau muss fair und mit allen Betroffenen gemeinsam angepackt werden. Eine grundsätzliche Ausrichtung des Netzausbaus auf Erneuerbare Energien ist notwendig. Und schließlich gehört auch eine gesunde Portion Druck dazu, wenn die Netzbetreiber Investitionen verschleppen und Informationen nicht herausrücken. ●



Bildquelle: aboutpixel.de / Photovoltaik-Element mit Strommast © Rainer Sturm

## CCS ist kein Kinderspielchen

Er liebt mich, er liebt mich nicht, er liebt mich, er liebt nicht... Wer kennt das Kinderspiel aus vergangenen Tagen nicht. Auch die Bundesregierung hat sich dieser Tage an die gute alte Kindheit erinnert. Allerdings spielt sie das Spielchen nicht mit Blütenblättern, sondern mit Gesetzesentwürfen. Anders lässt sich nicht erklären, warum das CCS-Gesetz mal auf der Tagesordnung des Kabinetts erscheint, und dann kurzerhand wieder heruntergenommen wird. Kaum erhöht die Vattenfall-Lobby den Druck, steht der Entwurf wieder zur Debatte. Dann muss der Landesfürst aus Schleswig-Holstein Bundesumweltminister Röttgen wieder daran erinnern, dass er ein Versprechen abgegeben hat. Und siehe da, plötzlich ist das Gesetz wieder verschwunden. So geht das nun schon seit vielen Wochen. Das CCS-Gesetz droht jetzt für die schwarz-gelbe Bundesregierung zur Farce zu werden. Umweltminister Röttgen hat die Länderklausel versprochen, die den Ländern das Recht einräumt, CCS auf eigenem

Territorium zu verhindern. Im derzeitigen Entwurf ist davon nichts zu finden. Lediglich über weitreichende Raumordnungspläne kann ein Bundesland das Gebiet für CCS eingrenzen. Röttgen muss sich nun an seinem Versprechen messen lassen. Sonst fühle (wohl nicht nur) ich mich als Parlamentarierin und Schleswig-Holsteinerin verschaukelt. ●

### Wahlkreisbüro Flensburg

Ellen Kittel-Wegner  
Angelburger Str. 66, 24937 Flensburg  
Telefon 0461 - 50 53 80 13  
Telefax 0461 - 50 53 80 14  
ingrid.nestle@wk.bundestag.de

### Regionalbüro Kiel

Claudia Prehn  
Wilhelminenstr. 18, 24103 Kiel  
Telefon 0431 - 5 57 82 62  
Telefax 0431 - 5 57 82 24  
ingrid.nestle@wk2.bundestag.de

### Bundestagsbüro

Dagmar Kersten, Markus Meyer,  
Sarah Elze, Elena Scheiber  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon 030 - 227 7 15 00  
Telefax 030 - 227 7 60 63  
ingrid.nestle@bundestag.de

▶ [www.ingrid-nestle.de](http://www.ingrid-nestle.de)

# MITGLIEDER GEWINNEN. WEITERSAGEN. BIO KAUFEN.

Auch unser Landesverband wächst an Mitgliedern. Das freut uns sehr - und das soll auch so bleiben. Denn wir brauchen viele engagierte Menschen, die grüne Politik umsetzen.

Ob in der Gemeinde, ob im Land - wir zählen auf neue Mitglieder.  
Die meisten Neumitglieder kommen aus Eigeninitiative zu uns.  
Wie viele würden darüber hinaus kommen,  
wenn wir InteressentInnen aktiver ansprechen?  
- Das wollen wir wissen!

Daher spendieren wir einen Einkaufsgutschein in Höhe von 50 EUR im Bioladen Deiner Stadt.

Voraussetzung: Du wirst bis einschließlich Februar 2011 mindestens ein Neumitglied, teilst es uns mit ([lv.sh@gruene.de](mailto:lv.sh@gruene.de)) und hast etwas Glück, unter allen beteiligten MitgliederwerberInnen gelost zu werden. Einsendeschluss ist der 1. März 2011. Ohne Gewähr. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



## Infos und Termine



### Schulfrieden jetzt!

Unterschriften für Volksinitiative

Der Landesverband unterstützt die die Volksinitiative „Schulfrieden Schleswig-Holstein“, die eine sofortige Aussetzung der vorgesehenen Änderungen des Schulgesetzes fordert.

Bis Juli 2013 soll Schulfrieden herrschen, damit beispielsweise Gemeinschaftsschulen Zeit haben, gemeinsames Lernen entwickeln können.

Unterschriftenlisten stehen zum Download bereit: [www.schulfrieden-sh.de](http://www.schulfrieden-sh.de) und [www.sh.gruene.de](http://www.sh.gruene.de)

### Landesparteitag im Mai

Der nächste Landesparteitag wird vom 27. bis 29.05.2011 in Eckernförde stattfinden. Auf dem Parteitag stehen unter anderem die Wahlen von Landesvorstand und Parteirat an.

### BDK 2011 kommt zu uns!

Wir freuen uns, dass der Bundesverband plant, die nächste Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) bei uns im Norden stattfinden zu lassen: 25.11. bis 27.11.2011 in Kiel.

### Praktikum in Landesgeschäftsstelle

Regelmäßig bietet der Landesverband dreimonatige Praktika in der Landesgeschäftsstelle. Ausgeschrieben wird der Platz jeweils auf [www.sh.gruene.de](http://www.sh.gruene.de)

► Termine: [www.sh.gruene.de](http://www.sh.gruene.de)

#### Impressum

**grüne welle:** Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Schleswig-Holstein, Wilhelminenstraße 18, 24103 Kiel, Telefon 0431-59338-0, Telefax 0431-59338-25, E-Mail: [lv.sh@gruene.de](mailto:lv.sh@gruene.de), [www.sh.gruene.de](http://www.sh.gruene.de).

**fördewind:** Grüne Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Telefon 0431-988-1500, Telefax 0431-988-1501, E-Mail: [fraktion@gruene.lsh.de](mailto:fraktion@gruene.lsh.de), [www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)

**berlin-report:** Ingrid Nestle, Dr. Konstantin von Notz, Valerie Wilms, Platz der Republik 1, 10111 Berlin, Telefon 030-227-71500, Telefax 030-227-76063 (Ingrid Nestle)

**Redaktion grüne welle + fördewind:** Dr. Jörg Nickel, **Gestaltung grüne welle + fördewind:** Bettina Aust, **Redaktion und Gestaltung berlin report:** Claudia Prehn

V.i.S.d.P.: Dr. Jörg Nickel